



LANDESPOLITIK

## „Es droht ein Flächenbrand“

### Sparkurs SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel übt jetzt den Schulterschluss mit Beamten.

In der grün-roten Koalition zeichnet sich ein Streit über künftige Einschnitte bei den Beamten ab. Nach dem Zerwürfnis zwischen Regierung und Beamtenbund über das Sparopfer für 2012 sucht SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel den Schulterschluss mit den Staatsdienern. Claus Schmiedel sagte gestern nach einem Treffen mit dem Landeschef des Beamtenbunds, Volker Stich, in Stuttgart: „Wir sind uns in den Grundzügen der Beamtenpolitik einig.“ Strukturelle Eingriffe in die Versorgung der Beamten lehnte Schmiedel im Gegensatz zu den Grünen ab. Stich lobte: „Der SPD ist klar geworden, dass hier ein Flächenbrand droht.“ Dagegen beharrten die Grünen auf harten Einschnitten.

Schmiedel betonte, einzig bei Neueinstellungen müsse darüber nachgedacht werden, ob die Versorgung abgesenkt werden könne. Dagegen müssten die Gehaltssteigerungen für aktive Beamte dauerhaft auf Pensionäre übertragen werden. Der SPD-Fraktionschef versprach: „Sollte es im Finanzministerium eine Giftliste geben, die den Abgang der alten Regierung überlebt hat, wird sie aus dem Verkehr gezogen.“ Ein Sprecher von Finanzminister Nils Schmid (SPD) bestätigte, es gebe diese Aufstellung aus dem Oktober 2010, die Komponenten für mögliche Einsparungen aufliste. Die Grünen um Ministerpräsident Winfried Kretschmann dringen auf strukturelle Eingriffe bei den Beamten, um den Haushalt dauerhaft zu konsolidieren.

Kretschmann hatte erst kürzlich deutlich gemacht, dass auch in den kommenden Jahren kein Weg daran vorbeigehe, die Personalkosten des Landes zu senken. „Entweder wir gehen ganz hart in den weiteren Stellenabbau.“ Oder die Verbände akzeptierten weitere Eingriffe in die Versorgung der 240 000 Staatsdiener und 70 000 Pensionäre. „Da haben sie sich verrechnet“, sagte Stich voraus. Die Regierung hatte beschlossen, dass die Beamten Einsparungen von 130 Millionen Euro für den Haushalt 2012 beisteuern müssen. Die für Anfang 2012 geplante Erhöhung der Besoldung und Pensionen wird verschoben, was rund 100 Millionen Euro einbringt. Stich hatte von der Regierung verlangt, dass sie den Beamten im Gegenzug zusichert, bis zum Ende der Legislaturperiode nicht weiter zu kürzen. Das lehnte die Regierung ab. Stich zeigte sich verärgert über das Vorgehen: „Da herrscht seit Wochen Funkstille.“ dpa

NEDELE

# „Es droht ein Flächenbrand“

**Sparkurs** SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel übt jetzt den Schulterschluss mit Beamten.

In der grün-roten Koalition zeichnet sich ein Streit über künftige Einschnitte bei den Beamten ab. Nach dem Zerwürfnis zwischen Regierung und Beamtenbund über das Sparopfer für 2012 sucht SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel den Schulterschluss mit den Staatsdienern. Claus Schmiedel sagte gestern nach einem Treffen mit dem Landeschef des Beamtenbunds, Volker Stich, in Stuttgart: „Wir sind uns in den Grundzügen der Beamtenpolitik einig.“ Strukturelle Eingriffe in die Versorgung der Beamten lehnte Schmiedel im Gegensatz zu den Grünen ab. Stich lobte: „Der SPD ist klar geworden, dass hier ein Flächenbrand droht.“ Dagegen beharrten die Grünen auf harten Einschnitten.

Schmiedel betonte, einzig bei Neueinstellungen müsse darüber nachgedacht werden, ob die Versorgung abgesenkt werden könne. Dagegen müssten die Gehaltssteigerungen für aktive Beamte dauerhaft auf Pensionäre übertragen werden. Der SPD-Fraktionschef versprach: „Sollte es im Finanzministerium eine Giftliste geben, die den Abgang der alten Regierung überlebt hat, wird sie aus dem Verkehr gezogen.“ Ein Sprecher von Finanzminister Nils Schmid (SPD) bestätigte, es gebe diese Aufstellung aus dem Oktober 2010, die Komponenten für mögliche Einsparungen aufliste. Die Grünen um Ministerpräsident Winfried Kretschmann dringen auf strukturelle Eingriffe bei den Beamten, um den Haushalt dauerhaft zu konsolidieren.

Kretschmann hatte erst kürzlich deutlich gemacht, dass auch in den kommenden Jahren kein Weg daran vorbeigehe, die Personalkosten des Landes zu senken. „Entweder wir gehen ganz hart in den weiteren Stellenabbau.“ Oder die Verbände akzeptierten weitere Eingriffe in die Versorgung der 240 000 Staatsdiener und 70 000 Pensionäre. „Da haben sie sich verrechnet“, sagte Stich voraus. Die Regierung hatte beschlossen, dass die Beamten Einsparungen von 130 Millionen Euro für den Haushalt 2012 beisteuern müssen. Die für Anfang 2012 geplante Erhöhung der Besoldung und Pensionen wird verschoben, was rund 100 Millionen Euro einbringt. Stich hatte von der Regierung verlangt, dass sie den Beamten im Gegenzug zusichert, bis zum Ende der Legislaturperiode nicht weiter zu kürzen. Das lehnte die Regierung ab. Stich zeigte sich verärgert über das Vorgehen: „Da herrscht seit Wochen Funkstille.“ *dpa*

© 2011 STUTTGARTER ZEITUNG